

Protokoll

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Fledder, Schölerberg (21)

am Mittwoch, 7. Mai 2014

Dauer: 19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Ort: Gemeindesaal der Lutherkirche, Iburger Straße 73

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Herr Bürgermeister Jasper MdL

von der Verwaltung: Frau Stadträtin Rzyski, Vorstand für Familie, Bildung, Kultur,
Gesundheit, Soziales, Sport
Herr Bardenberg, Fachbereich Städtebau / Fachdienst
Verkehrsplanung
Frau Hartwig, Fachbereich Finanzen und Controlling / Fachdienst
Beitragswesen

von der Stadtwerke Osnabrück AG:

Herr Otte, Verkehrsbetrieb
Herr Wedy, Planung E-Netze/Anlagen/Öffentliche Beleuchtung

Protokollführung: Frau Hoffmann und Herr Goedecke, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Verkehr „An der Huxmühle“
 - b) Sanierung der Brücke Hamburger Straße (über der Bahnlinie) und Bau eines östlichen Zugangs zum Hauptbahnhof – Sachstand
 - c) Umgestaltung Miquelstraße – Sachstand
 - d) Einführung von zwei zusätzlichen Bushaltestellen in beiden Richtungen in der Hannoverschen Straße: 1. Bushaltestelle „Großer Fledderweg-Mitte“ für die Buslinien 81, 82, 381, 382, 460 und 2. „Hannoversche Straße-Ost“ (nahe Fa. Hornbach) für die Buslinien 41, 81, 82, 381, 382, 460
 - e) Buslinie „Stadtteilbus“ Neumarkt – Schölerberg – Berningshöhe: Nutzung auch innerhalb des Abschnittes Neumarkt – Schölerberg
 - f) Sachstand der Sporthallenplanung – insbesondere Nachnutzung der Sporthalle am Standort Käthe-Kollwitz-Schule
 - g) Beleuchtung für den Verbindungsweg (Fußweg) zwischen Meller Straße und Bozener Straße
 - h) Situation an der Hannoverschen Straße (Müll, „hygienische Situation“, Prostitution)
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
 - a) Information zur Bürgerbefragung Entlastungsstraße West/Westumgehung (Trassenverlauf u. a., Informationsveranstaltung am 13. Mai, Bürgerbefragung am 25. Mai)
 - b) Erneuerung von Straßenbeleuchtungsanlagen
- 4 Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
 - a) Verkehrslärm Ameldungstraße
 - b) Am Riedenbach: Zustand der Grünanlage (Regenrückhaltebecken)
 - c) Querung in Höhe des Grundschule Schölerberg an der Jellinghausstraße
 - d) Hannoversche Straße - Linksabbieger Radverkehr in Höhe „Baumarkt Hornbach“
 - e) Informationen zu Sitzungen der Osnabrücker Bürgerforen
 - f) Parken an der Osningstraße vor der Einmündung in die Iburger Straße
 - g) Parksituation an der Wörthstraße
 - h) Iburger Straße - Anlieferungen zu den Autohäusern
 - i) Teiche vor Museum am Schölerberg Natur und Umwelt

Herr Jasper begrüßt ca. 25 Bürgerinnen und Bürger sowie die weiteren anwesenden Ratsmitglieder - Herrn Mierke, Frau Wachtel - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Frau Rzyski verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 05.11.2013 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Verkehr „An der Huxmühle“

Herr Seidel weist auf eigentlich verbotene Durchfahrtsverkehre und überhöhte Geschwindigkeiten in der Straße „An der Huxmühle“ hin und regt eine Sperrung der Straße für den Durchfahrtsverkehr und zur Verringerung der Geschwindigkeiten den Einsatz baulicher Maßnahmen an.

Frau Rzyski verliest die Stellungnahme der Verwaltung. Sie erklärt, dass die Straße „An der Huxmühle“ per Beschilderung für den Durchgangsverkehr gesperrt ist. Dass sich Fahrzeugführer darüber hinwegsetzen, lasse sich in erster Linie nur durch Kontrollen ahnden. Diese Kontrollen müssten zuständigkeitshalber von der Polizei durchgeführt werden. Einen entsprechenden Hinweis habe die Verwaltung an die Polizei weitergeleitet.

Um prüfen zu können, ob es notwendig ist, Durchgangsverkehr durch eine Sperrung der Straße zu verhindern, müssten zunächst Bestandszahlen aufgenommen werden. Dafür sollen im Laufe des Jahres durch statistische Messungen die Anzahl der fahrenden Fahrzeuge und die Geschwindigkeiten aufgenommen werden. Diese Zahlen bieten dann die Basis für die weiteren verkehrsplanerischen Überlegungen. Sollte sich daraus eine Notwendigkeit für die Sperrung der Straße „An der Huxmühle“ ergeben oder sollten andere einschränkende Maßnahmen sinnvoll werden, wäre eine vorherige Information der betroffenen Anlieger erforderlich. Danach wird dann über die Umsetzung von Maßnahmen entschieden werden können.

Ein Bürger erklärt, dass er diesen Punkt in der letzten Sitzung des Bürgerforums angesprochen habe¹. In der Sitzung habe er darum gebeten, die Tempo-30-Beschilderung zu überprüfen und gegebenenfalls die Straßenmarkierungen zu erneuern, weil die Straße zunehmend von Pkw mit überhöhten Geschwindigkeiten befahren worden sei. Etwa 14 Tage nach dem letzten Bürgerforum sei die Tempo-30 Beschilderung abgebaut und durch eine Tempo-50-Beschilderung ersetzt worden. Dies widerspricht dem von ihm geäußerten Wunsch, die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h zu verdeutlichen. Stattdessen sei jetzt eine schnellere Befahrung der Straße sogar ausdrücklich erlaubt worden. Er berichtet, dass er sich mit einem Brief an die Verwaltung gewendet habe. Diese habe ihm schriftlich geantwortet, dass in der Straße kein Grund für die Beibehaltung einer Tempo-30 Geschwindigkeitsbegrenzung vorliege. Seinem Anliegen sei somit eine klare Absage erteilt worden. Er betont, dass die Straße oft von Fußgängern, Fahrradfahrern und auch von spielenden Kindern genutzt wird. Diese würden durch die zu hohen Geschwindigkeiten der Pkw gefährdet. Er legt dar, dass es für die ursprüngliche Beschilderung mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo-30 einen Grund gegeben haben muss.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Der Anlass für die Tempo-30-Ausweisung konnte nicht mehr ermittelt werden.

¹ Das Thema wurde unter Tagesordnungspunkt 4b) in der Sitzung am 05.11.2013 angesprochen. Die Protokolle über die Sitzungen der Bürgerforen sind unter www.osnabrueck.de/buergerforen abrufbar.

Frau Rzycki legt dar, dass in der letzten Sitzung nicht bekannt gewesen sei, dass eine Änderung der Beschilderung vorgenommen werden sollte. Sie erklärt, dass seitens der Verwaltung nochmals überprüft werden solle, ob eine Beschilderung der Straße mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h erforderlich ist und ob Maßnahmen zur Vermeidung von Durchfahrungsverkehr getroffen werden müssen.

Ein Bürger weist darauf hin, dass die Straße Langenkamp mit Verkehrsberuhigungsaufpflasterungen versehen wurde. Aus diesem Grund werde die Route über die Straße An der Huxmühle und die Meller Straße von vielen Autofahrern als Abkürzung genutzt. Viele würden die Straße dabei mit überhöhten Geschwindigkeiten befahren.

Herr Seidel erklärt, dass er diesen Punkt angemeldet habe, weil in der Straße eigentlich eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h erforderlich wäre. Der Zustand der Straße rechteckige, insbesondere aufgrund von vorhandenen Straßenschäden, nicht die jetzt bestehende Regelung „Tempo-50“. Er legt dar, dass durch die jetzige Regelung Passanten und Kinder gefährdet würden. Deshalb appelliert er an die Stadt, möglichst schnell etwas zu unternehmen.

Ein anderer Bürger unterstützt die vorhergehenden Ausführungen. Er erklärt, dass die Straße von vielen Radfahrern als Weiterführung der Strecke von und nach Voxtrup über die Eichenallee genutzt werde. Die Straße sei zu eng, um gleichzeitig Autoverkehr mit Tempo-50 und Rad- und Fußverkehr aufnehmen zu können.

Frau Rzycki legt dar, dass sich die Stellungnahme der Verwaltung hauptsächlich auf die Frage des Durchgangsverkehrs bezieht, da nicht bekannt gewesen sei, dass nach dem letzten Bürgerforum eine Änderung der Beschilderung vorgenommen worden sei. Dieser Hinweis werde jedoch aufgenommen und von der Verwaltung nochmals überprüft.

Frau Budke betont, dass die Straße sehr schmal sei und kein separater Geh- und Radweg vorhanden sei. Aus diesem Grund sei die Straße nicht für eine Ausweisung mit Tempo-50 geeignet.

Ein Bürger merkt an, dass alleine eine Beschilderung zum Verbot von Durchfahrungsverkehr nicht ausreichend sei. Dies werde auf Dauer nicht von allen Verkehrsteilnehmern beachtet.

Ein anderer Bürger erklärt, dass von vielen im Rahmen des Netzausbaus eine Erdverkabelung der nahen Stromtrasse gewünscht werde. Falls eine Erdverkabelung realisiert werden könne, wäre es sinnvoll im Zuge dieser Arbeiten einen Geh- und Radweg an der Straße zu bauen.

Herr Mierke weist darauf hin, dass - falls eine Verkehrsschau durch die Verwaltung vorgenommen werde -, diese möglichst morgens durchgeführt werden sollte. Besonders zu dieser Zeit werde die Straße viel und zu schnell befahren.

2 b) Sanierung der Brücke Hamburger Straße (über der Bahnlinie) und Bau eines östlichen Zugangs zum Hauptbahnhof – Sachstand

Herr Demircioglu vom VCD Kreisverband Osnabrück erkundigt sich, wann die Sanierung der Brücke an der Hamburger Straße erfolgen soll und wann ein östlicher Zugang zum Hauptbahnhof geschaffen wird.

Herr Bardenberg verliest die Stellungnahme der Verwaltung. Er berichtet, dass der Baubeginn der Brücke für 2016 geplant ist. Die notwendigen Abstimmungen mit der Deutschen Bahn erfolgen zurzeit. Abhängig ist die geplante Zeitschiene aber noch von dem Ergebnis der ebenfalls aktuell geführten Verhandlungen mit den Eigentümern des angrenzenden Privatgrundstückes.

Der Zugang zum Bahnhof von der Ostseite wird in den Planungen berücksichtigt und soll im Rohbau unter der Hamburger Straße im Zuge des Brückenneubaus hergestellt werden².

Herr Jasper erklärt, dass die Maßnahme deshalb so zeitaufwendig ist, weil die Aushandlung von Sperrzeiten mit der Deutschen Bahn AG immer sehr langfristig erfolgen muss. Diese muss ihren Fahrplan dementsprechend umgestalten.

2 c) Umgestaltung Miquelstraße - Sachstand

Herr Bergmann nimmt Bezug auf ein Protokoll der Verwaltung über das 3. Arbeitstreffen zur Ausbauplanung Miquelstraße, Am Riedenbach und Vila-Real-Platz am 12.12.2012. Er kritisiert einige Punkte, die im Protokoll genannt werden. Er beanstandet, dass noch keine Lösung für den Ausbau der Straße vorliege, obwohl dies Anfang 2013 der Fall sein sollte. Außerdem hinterfragt er die Hinzuziehung eines weiteren Ingenieurbüros. Des Weiteren äußert er seine Besorgnis, dass die Städtebauförderungsmittel, welche die Stadt für den Ausbau der Miquelstraße als Teil des Sanierungsgebietes Rosenplatz erhalten könnte, verfallen könnten. Er widerspricht der Aussage, dass es für die im Augenblick in der Miquelstraße verbleibende BAB-Bedarfsumleitung keine Alternativroute gebe. Er erklärt, dass die in Aussicht gestellte Bürgerbeteiligung nicht erfolgt sei.

Herr Bardenberg verliest die Stellungnahme der Verwaltung: Um fundierte Aussagen zu den Auswirkungen eines Einbahnstraßensystems im Quartier Miquelstraße / Am Riedenbach / Nebenstraßen treffen zu können, ist dasselbe Ingenieurbüro beauftragt worden, das bereits den Masterplan Mobilität für die Stadt aufgestellt hat. Dementsprechend verfügt es über die notwendige Ortskenntnis und die fachlichen Grundlagen (digitales Verkehrsmodell der Gesamtstadt), um diese Aussagen treffen zu können.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind den Anliegern der Miquelstraße / Am Riedenbach sowie Vertretern aus dem Stadtteil Schölerberg im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 29. April 2014 vorgestellt worden. Erst nach Abschluss dieser Untersuchung können die Planungen wieder aufgenommen und belastbare Aussagen zur Querschnittsgestaltung der Miquelstraße und der Straße Am Riedenbach im Abschnitt Miquelstraße bis Meller Straße gemacht werden. Die Planungen zur Gestaltung sollen den Anliegern der beiden Straßen noch vor den Sommerferien in einer weiteren Informationsveranstaltung vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden.

Von den ehemals vier vorhandenen Autobahnbedarfsumleitungen sind bereits heute zwei entfernt worden. Von den verbleibenden zwei Umleitungsstrecken kann nach erfolgreichen Gesprächen mit der Stadt Georgsmarienhütte, dem Landkreis Osnabrück sowie der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr eine weitere ebenfalls verlegt werden, so dass lediglich eine Bedarfsumleitung auf der Miquelstraße verbleiben wird. Eine Führung dieser Bedarfsumleitung über die Innenstadt wie während der Baumaßnahme in der Miquelstraße wird weiterhin abgelehnt, da die hiervon betroffenen Kreuzungen bereits heute z.T. überlastet sind und den im Bedarfsfall auftretenden Mehrverkehr nicht aufnehmen können.

Den Ausführungen, dass eine Beteiligung der Anlieger bislang nicht stattgefunden habe, kann so nicht gefolgt werden. Neben drei Sitzungen eines Arbeitskreises zum Ausbau der Miquelstraße / Am Riedenbach / Vila-Real-Platz im Jahr 2012 hat im Jahr 2013 eine weitere Informationsveranstaltung zum Ausbau der Straßen stattgefunden. Der Impuls zur Hinterfragung der Führung der Autobahnbedarfsumleitungen sowie der Vorschlag zur Einbahnstraßenregelung kamen ebenfalls aus der Anliegerbeteiligung.

² Dieser Beschluss wurde bereits in der Sitzung des Rates am 17.05.2011 unter TOP Ö 7.3 gefasst. Die Protokolle über die Sitzungen des Rates und der Ausschüsse können im Bürgerinformationssystem der Stadt Osnabrück unter www.osnabrueck.de/ris abgerufen werden.

Herr Jasper fügt ergänzend hinzu, dass die Städtebauförderungsmittel, welche für den Ausbau der Miquelstraße in Aussicht stehen, nach seinen Informationen nicht verfallen würden.

Herr Bergmann legt dar, dass es eine Alternativroute für die BAB-Bedarfsumleitung U35 gibt. Diese könnte über die Bundesstraßen B51 und B68 geführt werden. Der Beschilderung nach dürften auch Gefahrgut-Lkws dort Tag und Nacht fahren. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass die Umlegung einer Bedarfsumleitung in eine Richtung möglich sei, aber in die andere Richtung nicht. Er erklärt, dass Fördermittel für einen Ausbau der Miquelstraße nur dann zur Verfügung gestellt würden, wenn durch den Ausbau eine Verbesserung der Situation erreicht werde.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass bei den vorgestellten Planungsalternativen keine Verbesserung für den Radverkehr erreicht wird.

Frau Budke erkundigt sich, ob damit zu rechnen ist, dass eine Beschilderung entsprechend der Regelungen, die sich aus dem Status als Wasserschutzgebiet ergeben, erfolgen wird.

Herr Bardenberg erläutert anhand einer Übersichtskarte, dass die von Herrn Bergmann vorgeschlagene Alternativroute in einem Wasserschutzgebiet liegt, welches eigentlich für die Befahrung durch Gefahrgut-Lkws gesperrt ist. Allerdings fehle an den genannten Straßen eine entsprechende Beschilderung. Da es sich um Bundesstraßen handele, liege die Anbringung der korrekten Beschilderung nicht in der Hand der Stadt Osnabrück. Er legt dar, dass Gespräche mit der Stadt Georgsmarienhütte über eine Verlegung der BAB-Bedarfsumleitungen geführt worden seien. Diese habe sich dazu bereit erklärt, eine der beiden verbliebenen Bedarfsumleitungen über ihr Gebiet zu führen, also entweder die U30 oder die U35.

Herr Bergmann schlägt als weitere Alternative eine Führung der Bedarfsumleitung durch das Stadtgebiet vor. Dies habe auch während der halbjährigen Sperrung der Miquelstraße gut funktioniert. Zu diesem Zeitpunkt seien alle vier Bedarfsumleitungen durch das Stadtgebiet geführt worden. Auf Nachfrage sei ihm bei der Informationsveranstaltung von einem Vertreter der Stadt gesagt worden, dass in dem halben Jahr, in dem die Bedarfsumleitungen durch das Stadtgebiet geführt wurden, keine der Bedarfsumleitungen in Anspruch genommen werden musste.

Herr Jasper weist darauf hin, dass die Strecke, die als Bedarfsumleitung ausgewiesen werden würde, auch dementsprechend ausgebaut werden müsste.

Ein Bürger erläutert, dass es in dem Bereich zwei Kindergärten und demnächst vielleicht auch wieder eine Grundschule geben werde. Es sei unverständlich, warum die Bedarfsumleitung über die Miquelstraße geführt werde und nicht über die Bundesstraße bei Georgsmarienhütte, obwohl jene 4-spurig ausgebaut sei.

Herr Jasper legt dar, dass die Argumente gegen die Beibehaltung der Bedarfsumleitung über die Miquelstraße nachvollziehbar und begründet seien. Er erklärt, dass die Verwaltung auch weiterhin versuchen werde, in Gesprächen mit der Stadt Georgsmarienhütte und dem Landkreis eine Lösung zu finden. Allerdings sei die Stadt auf deren Kooperation angewiesen.

Herr Bardenberg legt dar, dass die Stadt noch mal Gespräche führen wird, um möglichst eine Lösung für die Situation zu finden. Er weist darauf hin, dass es zu gegebener Zeit eine weitere Informationsveranstaltung zur Miquelstraße geben werde. Dort werde auch vorgestellt, welche Auswirkungen eine Ausweisung der Miquelstraße als Einbahnstraße hätte. Er betont, dass nicht nur die Ausweisung der Straße als Bedarfsumleitung ein wichtiger Aspekt sei, sondern auch der Umstand, dass die Miquelstraße eine hohe Bedeutung im innerstädtischen Straßennetz habe und dies sich auch auf alle Planungen bezüglich eines Ausbaus der Miquelstraße auswirke.

2 d) Einführung von zwei zusätzlichen Bushaltestellen in beiden Richtungen in der Hannoverschen Straße: 1. Bushaltestelle „Großer Fledderweg-Mitte“ für die Buslinien 81, 82, 381, 382, 460 und 2. „Hannoversche Straße-Ost“ (nahe Fa. Hornbach) für die Buslinien 41, 81, 82, 381, 382, 460

Herr Demircioglu vom VCD Kreisverband Osnabrück regt die Einrichtung von zwei Bushaltestellen an der Hannoverschen Straßen an.

Herr Otte legt zum Vorschlag eines neuen Haltestellenpunktes „Großer Fledderweg-Mitte“ dar, dass die Stadtwerke davon ausgegangen sind, dass die Abstände zwischen den einzelnen bestehenden Haltestellen in dem Bereich (Rheinische Straße, Stüvenbreite, Hannoversche Straße und Großer Fledderweg (Meller Straße)) so zumutbar und ausreichend sind, wie sie derzeit geregelt sind. Er berichtet, dass in Zukunft eine Überarbeitung der Anbindung des Industriegebiets Fledder geplant ist. Im Rahmen dieser Planungen soll auch der vorgeschlagene Bushaltestellenstandort erneut geprüft werden.

Zum zweiten Vorschlag, der Einrichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle „Hannoversche Straße-Ost“, erklärt er, dass der Bereich aufgrund der dort vorliegenden Verkehrssituation nicht für die Einrichtung einer Bushaltestelle geeignet ist. Gründe sind unter anderem, die Auf- bzw. Abfahrt der Autobahn, der Kreuzungsbereich und eine fehlende Querungshilfe in dem Bereich. Außerdem handele es sich bei dem Bereich um einen Unfallschwerpunkt. Hinzu komme, dass der Bereich über die Haltestellen Langenkamp, Kreisel Voxtrup und Huxmühlenbach bedarfsgerecht an den ÖPNV angebunden sei.

Herr Seidel merkt an, dass die Taktzeiten der Linie 81/82 zu lang seien. Durch eine Erhöhung der Taktzeiten könnte unter Umständen eine höhere Auslastung der Busse erreicht werden, weil diese dann für viele Angestellte und Arbeiter aus dem Industriegebiet attraktiver werden würden.

Herr Otte legt dar, dass es eine Überlegung sei, die bestehenden Linien zu bündeln, um eine Verkürzung der Taktzeiten zu ermöglichen. Sonst wäre für eine Verkürzung der Taktzeiten der Einsatz von zusätzlichen Bussen erforderlich. Er betont allerdings, dass die Planungen sich noch ganz am Anfang befinden würden.

Herr Jasper merkt an, dass die Taktzeiten einen großen Einfluss auf die Akzeptanz des Beförderungsangebotes haben.

Herr Otte erklärt, dass die Abstände zwischen den einzelnen Bushaltestellen auch mit der möglichen Auslastung zusammenhängen. An der Hannoverschen Straße würden einzelne Haltestellen einen Abstand von etwa 800 Metern zueinander aufweisen. Im Innenstadtbereich seien die Abstände zum Teil im Bereich von etwa 300 Metern. Er legt dar, dass es einen Widerspruch gebe. Zum einen solle der Bus die Fahrgäste möglichst schnell ans Ziel bringen und andererseits sollten in möglichst kurzen Abständen Bushaltestellen vorgehalten werden. In Bereichen mit einer geringeren Auslastung führe ein kurzer Haltestellenabstand zu einer deutlichen Verlängerung der Fahrtzeiten.

Herr Mierke bittet darum, auch die Straße Hettlicher Masch mit in die Planungen mit einzubeziehen.

Herr Otte erklärt, dass dieser Hinweis aufgenommen wird.

2 e) Buslinie „Stadtteilbus“ Neumarkt – Schölerberg – Berningshöhe: Nutzung auch innerhalb des Abschnittes Neumarkt – Schölerberg

Herr Demircioglu vom VCD Kreisverband Osnabrück regt für den Stadtteilbus auf der Strecke Berningshöhe und Am Funkturm an, weitere Zu- und Ausstiegspunkte auf der Strecke zu ermöglichen.

Herr Otte erläutert, dass der Stadtteilbus von den Stadtwerken eingerichtet wurde, um den Anwohnerinnen und Anwohnern der Berningshöhe ein adäquates Angebot zum Erreichen der Iburger Straße, des Rosenplatzes und der Innenstadt zu unterbreiten. Nur aufgrund der geschilderten Einschränkungen hinsichtlich der Nutzung sei es der Stadtwerke Osnabrück AG möglich, dieses Angebot zu realisieren. Bei einer Aufhebung der Einschränkungen müsste das Fahrzeug, wie geschildert, als Standardlinienbus (12 m) verkehren. Außerdem könnten die heutigen Fahrzeiten nicht mehr eingehalten werden, sodass ein zusätzliches Fahrzeug notwendig wäre. Die Kosten hierfür beliefen sich (inkl. des zusätzlichen Personals) auf mindestens 50.000 € pro Jahr. Er erklärt, dass die Stadtwerke sich bewusst für einen Kleinbus entschieden haben, weil das Fahrgastpotential für einen größeren Bus zu gering ist.

Er legt dar, dass die Iburger Straße durch 6 Fahrten je Richtung und Stunde auf der Linie 61/62 der Nachfrage entsprechend an den Neumarkt angebunden ist. Zusätzlich verkehrt zwischen Lutherkirche und Neumarkt die Linie 53 im 20-Minuten-Takt. Das heutige Angebot werde daher als ausreichend bewertet.

Herr Bergmann merkt an, dass die Fahrzeiten der Busse an der Iburger Straße ungünstig geregelt seien. Oft würden mehrere Busse in kurzen Abständen hintereinander halten und danach komme längere Zeit kein Bus mehr. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass beim Stadtteilbus an der Iburger Straße nur ein Ausstieg und kein Zustieg möglich sei.

Herr Otte betont, dass der Stadtteilbus ein Angebot speziell für die Anwohner der Berningshöhe ist. Wenn für die einzelnen Haltestellen an der Iburger Straße ein Zustieg ermöglicht würde, würde dies zu einer Verlängerung der Fahrzeiten führen und den Einsatz eines zweiten Busses erforderlich machen. Dies wäre allerdings unwirtschaftlich. Er erklärt, dass die Bushaltestellen an der Iburger Straße im 10-Minutentakt angefahren werden.

Herr Jasper erklärt, dass es gut sei, dass der Einsatz des Kleinbusses für die Einwohner an der Berningshöhe von den Stadtwerken ermöglicht wurde. Er fragt, ob es möglich sei, Fahrgäste zusteigen zu lassen, wenn sowieso ein Halt erforderlich ist, also wenn ein Fahrgast aus dem Bus an einer Haltestelle aussteigen möchte und an der Haltestelle weitere Wartende stehen, die zusteigen möchten.

Herr Otte legt dar, dass eine solche Regelung schwierig umzusetzen wäre, weil sich niemand darauf verlassen könne, dass der Bus an den jeweiligen Bushaltestellen hält. Wenn kein Fahrgast aussteigen wolle, werde an den einzelnen Haltestellen nicht gehalten. Dies könne dazu führen, dass es Ärger mit Buskunden gebe, die auf den Bus warten und dann nicht mitgenommen werden, weil der Bus nicht hält.

Herr Jasper erläutert, dass es um Wartende gehen würde, die auf einen anderen Bus warten, der in dieselbe Richtung fahren würde. Wenn dann der Kleinbus die Bushaltestelle anfähre, weil ein Fahrgast aussteigen wolle, könnte man den Wartenden die Möglichkeit geben, mit dem Kleinbus mit zu fahren, anstatt auf den nächsten Bus warten zu müssen. Diese Regelung solle nicht im Fahrplan oder an den elektronischen Fahrzeitenanzeigetafeln stehen, sondern als Ausnahmeregelung pragmatisch gehandhabt werden, wenn sich eine solche beschriebene Situation ergibt.

Herr Otte äußert sich skeptisch dazu. Er legt dar, dass die Stadtwerke daran interessiert seien, ihre Busse möglichst gut auszulasten. Allerdings sei die beschriebene Ausnahmeregelung schwer umzusetzen. So könne es beispielsweise zu Situationen kommen, in denen

Fahrgäste, die zurück zur Berningshöhe fahren möchten, keinen Platz mehr finden, obwohl der Kleinbus speziell für die Anwohner der Berningshöhe eingesetzt wird. Er weist darauf hin, dass schon der Einsatz des Kleinbusses von der Berningshöhe zum Neumarkt einen Kompromiss darstelle. Jetzt komme die Forderung hinzu, einen Zustieg an der Iburger Straße zu ermöglichen. Diese Forderungen würden letztendlich dazu führen, dass ein zweiter Bus eingesetzt werden müsse. Dies würde zu deutlich höheren Kosten führen, welche letztendlich auch die Stadt als Eigentümerin der Stadtwerke und somit alle Bürger treffen würden. Er erklärt, dass der Hinweis aufgenommen und von den Stadtwerken geprüft werde.

2 f) Sachstand der Sporthallenplanung – insbesondere Nachnutzung der Sporthalle am Standort Käthe-Kollwitz-Schule

Frau Budke vom Runden Tisch Schölerberg erkundigt sich nach dem Stand der Planungen für einen Ersatz der Sporthalle am Standort der Käthe-Kollwitz-Schule.

Frau Rzycki legt dar, dass die Vereine und Schulen als Prozessbeteiligte deshalb noch nicht angesprochen worden sind, weil es derzeit noch keine konkreten Planungen für einen Abriss und einen Ersatzbau der Sporthalle an der Käthe-Kollwitz-Schule gibt. Aufgrund von zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen seien die Sanierungsarbeiten am Standort der Teutoburger Schule noch nicht vollzogen. Ein weiterer Aspekt sei, dass Sanierungsarbeiten am Theater durchgeführt werden müssten. Dieses benötige für die Spielzeiten 2016/2017 eine Zwischenunterkunft, da das Theater im Rahmen der Sanierungsarbeiten vollständig ausgeräumt werden müsse. Für die Unterbringung des Theaters in der Zwischenzeit sei nur der Standort der Käthe-Kollwitz-Schule ersichtlich. Aus diesem Grund werde ein etwaiger Abriss verschoben. Sie erklärt, dass die Proben des Theaters voraussichtlich zum Teil auch in der Sporthalle stattfinden werden. Die Koordination mit dem Spielbetrieb der Sportvereine müsse noch geplant werden. Sie betont, dass das Theater aufgrund seiner Größe nirgendwo anders im Stadtgebiet sinnvoll untergebracht werden kann. Sie erklärt, dass zu gegebener Zeit alle Prozessbeteiligten, also insbesondere die Schulen am Standort Schölerberg, der Stadtsportbund, der Runde Tisch, etc. an den Planungen beteiligt werden.

Frau Budke äußert die Befürchtung, dass der Spielbetrieb in der Sporthalle an der Käthe-Kollwitz-Schule durch eventuell dort stattfindende Proben des Theaters stark beeinträchtigt werden könnte.

Frau Rzycki betont, dass man zusammen mit den Sportvereinen eine gemeinsame Lösung entwickeln werde. Sie stellt klar, dass die Sportvereine nicht durch das Theater verdrängt werden sollen. Es sei für den Sanierungszeitraum des Theaters angedacht, ein Spieltriebe-Konzept umzusetzen, also die Durchführung von Aufführungen und Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten. Sie legt dar, dass es sich bei den Überlegungen um einen Zielzeitplan handelt. Dieser sei allerdings noch nicht so konkret, als dass genaue Hallenzeiten mit den Vereinen abgestimmt werden könnten. Zu gegebener Zeit werde dies zusammen mit den Vereinen vorgenommen. Sie betont, dass das Theater großen Wert auf Kooperation legt.

Frau Budke betont, dass es wichtig sei, dass die Sportvereine ihre Hallenzeiten behalten. Außerdem müsse eine Sporthalle für den Stadtteil erhalten bleiben. Sie weist auf die Idee hin, eine Schulgebundenheit mit dem Standort der Overbergschule herzustellen. In diesem Zusammenhang könnten auch Projekte für ältere Menschen umgesetzt werden.

Frau Rzycki erklärt, dass diese Idee bekannt ist. Allerdings sei sie nur schwerlich umsetzbar, da aufgrund der fehlenden räumlichen Nähe eine eigentlich vorausgesetzte Schulstandortgebundenheit nicht gegeben sei.

Herr Jasper fasst zusammen, dass für den Übergangszeitraum eine Nutzung durch die Sportvereine gewährleistet werden soll. Des Weiteren solle auch für die Zukunft gewährleistet werden, dass eine Sporthalle für den Stadtteil Schölerberg zur Verfügung steht.

Herr Mierke weist darauf hin, dass es einen Beschluss des Rates gibt, in welchem die Verwaltung gebeten wird, Planungen vorzunehmen, die berücksichtigen, dass vor der Aufgabe der Sporthalle am Standort der Käthe-Kollwitz-Schule ein vergleichbares Angebot sichergestellt ist³.

Frau Budke legt dar, dass die Sporthalle der Käthe-Kollwitz-Schule schon jetzt in einem nicht mehr einwandfreien Zustand sei. Durch den jetzt in Aussicht gestellten Aufschub von Maßnahmen durch die Zwischennutzung werde sich der Zustand der Halle nicht verbessern, sondern eher weiter verschlechtern. Dadurch werde die Gefahr erhöht, dass die Halle nicht mehr erhalten werden könne.

Frau Rzycki erklärt, dass die Entscheidung über den Standort für eine neue Sporthalle transparent und unter Beteiligung der Vereine und der Schulen erarbeitet wird. Sie weist darauf hin, dass die Absicht, in dem Bereich Wohnen für alternative Lebensformen und älteres Wohnen zu ermöglichen, noch sehr vage sei. Deshalb könnte dieser Aspekt noch nicht mit in Planungen einbezogen werden.

2 g) Beleuchtung für den Verbindungsweg (Fußweg) zwischen Meller Straße und Bozener Straße

Frau Budke vom Runden Tisch Schölerberg regt an, eine Beleuchtung für den Fußweg zwischen der Meller Straße und der Bozener Straße einzurichten.

Frau Budke bedankt sich eingangs für die Einrichtung des Verbindungsweges. Dieser sei aufgrund einer Anregung aus dem Bürgerforum eingerichtet worden. Sie erklärt, dass einige Nutzer des Weges um eine Beleuchtung des Weges gebeten haben. Nachts und insbesondere in den Wintermonaten könnten sonst einige Menschen den Weg nicht nutzen.

Frau Rzycki erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Sie legt dar, dass es sich bei dem Weg um eine Verbindung zwischen Bozener Straße und Meller Straße handelt, die keine Erschließungsfunktion hat. Diese Wege werden in der Regel nicht beleuchtet. Somit sollte auch hier keine Beleuchtung installiert werden.

Sie weist darauf hin, dass bei älteren Wegen mit vorhandener Beleuchtung regelmäßig geprüft wird, ob eine Demontage erfolgen kann, um somit durch Leuchtenreduzierung Energie- und Kosteneinsparungen zu erzielen.

Ein Bürger regt an, den Verbindungsweg, der derzeit nur für Fußgänger ausgeschildert sei, auch für Radfahrer auszuweisen. Des Weiteren erkundigt er sich, wer für die Pflege des Weges zuständig ist. Am Rand des Weges aus Richtung Bozener Straße wachse Efeu in den Weg hinein. Dieses müsse zurückgeschnitten werden, da es mittlerweile soweit in den Weg hineinwuchere, dass es eine Behinderung für die Fußgänger darstelle.

Herr Jasper erklärt, dass grundsätzlich die Eigentümer der anliegenden Grundstücke für einen Rückschnitt verantwortlich seien, wenn Pflanzen von ihren Grundstücken in den öffentlichen Verkehrsraum hineinragen. Er sagt, dass der Hinweis aufgenommen und von der Verwaltung geprüft werde.

Zum Wunsch nach einer Beleuchtung des Verbindungsweges erklärt er, dass es früher eine Liste gegeben habe, in welcher die Wünsche aus der Bürgerschaft zur Beleuchtung von Wegen aufgeführt worden seien. Dieses „Beleuchtungsprogramm“ sei im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt geprüft und dann entschieden worden, welche Wünsche umsetzbar und sinnvoll seien. Herr Jasper bittet daher darum, den Ausschuss für Stadtentwicklung und

³ Dieser Beschluss wurde in der Sitzung des Rates am 16.04.2013 unter TOP Ö 5.3 gefasst. Die Protokolle über die Sitzungen des Rates und der Ausschüsse können im Bürgerinformationssystem der Stadt Osnabrück unter www.osnabrueck.de/ris abgerufen werden.

Umwelt über das Thema „Beleuchtung für den Verbindungsweg (Fußweg) zwischen Meller Straße und Bozener Straße“ zu informieren.

2 h) Situation an der Hannoverschen Straße (Müll, „hygienische Situation“, Prostitution)

Herr Groß weist darauf hin, dass sich die Situation an der Hannoverschen Straße zusehends verschlechtert.

Herr Groß erklärt, dass er Anwohner im Bereich der Hannoverschen Straße ist. Er berichtet, dass seit Mitte des letzten Jahres vermehrt Lkw in einem Teilabschnitt abgestellt werden. Zwischenzeitlich seien auch Wohnmobile dort abgestellt worden. Seitdem sei es vermehrt zu starken Müllansammlungen in dem Bereich gekommen. Zwar habe sich die Situation zwischenzeitlich wieder leicht gebessert, es müsse jedoch verhindert werden, dass sich in dem Bereich Verhältnisse festsetzen, die nicht erwünscht seien.

Frau Rzycki erläutert die Stellungnahme des Fachbereiches Umwelt und Klimaschutz. Sie berichtet, dass der Bereich am 28.04.2014 überprüft wurde. Die Situation stelle sich so dar, dass im Bereich der Parkbuchten für LKW mit Ruhezeiten punktuell Verunreinigungen festgestellt wurden. Die Bereiche vor diversen Schnellrestaurants waren dagegen sauber. Verkehrsgefährdungen für Fußgänger lagen auch nicht vor.

Nach Rücksprache mit dem Osnabrücker ServiceBetrieb (OSB) obliegen im Bereich der Hannoverschen Straße den Anliegern die Gehwegreinigungspflichten.

Sie erklärt, dass die von Herrn Groß geschilderten Verunreinigungen nicht unter die Reinigungspflicht der Anlieger fallen. Deren Verpflichtung beziehe sich auf die Gehwege und nicht auf die anliegenden Gräben und Parkbuchten.

Sie weist darauf hin, dass sich Bürger beim Fachbereich Bürger und Ordnung und auch beim Osnabrücker ServiceBetrieb melden können, wenn sie Verunreinigungen oder Müllansammlungen beobachten. Diese Hinweise können beim Fachbereich Bürger und Ordnung beim Fachdienst Ordnung abgegeben werden. Die Ansprechpartnerin ist Frau Stiller (Tel.: 0541 323 2607; E-Mail: stiller@osnabrueck.de). Zur Veranschaulichung sei es sinnvoll, auch Fotos einzureichen.

Bei verbotswidrigen großflächigen Abfallablagerungen, wie zum Beispiel nicht angemeldetem Sperrmüll, können sich Bürger an Herrn Brosig vom Fachbereich Umwelt und Klimaschutz – Fachdienst Ordnungsbehördlicher Umweltschutz melden (Tel.: 0541 323 2434; E-Mail: brosig@osnabrueck.de).

Sie weist darauf hin, dass der OSB zusätzlich ein Meldesystem namens EMSOS anbietet. In diesem können Bürger den genauen Standort von Straßenschäden, Vermüllungen, Wildwuchs und ähnlichem angeben. Die Hinweise der Bürger werden dann vom OSB überprüft und wenn möglich zeitnah behoben. Das Meldesystem ist unter folgendem Link zu erreichen: geo.osnabrueck.de/emsos.

Sie erläutert im Weiteren die Stellungnahme des Fachbereiches Bürger und Ordnung. Sie erklärt, dass in Osnabrück eine Sperrbezirksverordnung gilt, die für Teile des Stadtgebiets die Ausübung der Prostitution untersagt. Die Hannoversche Straße ist eine der den Sperrbezirk begrenzenden Straßen. In den nördlich der Hannoverschen Straße liegenden Teilen des Stadtteils Fledder ist eine Ausübung der Prostitution nicht verboten. Im Gegensatz hierzu gilt in weiten Teilen des Stadtteils Schölerberg ein Prostitutionsverbot.

Hinweise auf eine unzulässige Prostitutionsausübung im Bereich Hannoversche Straße liegen der Verwaltung nicht vor.

Herr Jasper erkundigt sich, ob die Befürchtung bestehe, dass sich in Bereichen der Hannoverischen Straße eine „Szene“ entwickle, die nicht gewünscht sei. In diesem Fall könne der Fachbereich Bürger und Ordnung eingeschaltet werden, um die Situation zu überprüfen. Dort seien bis jetzt jedoch keine Hinweise eingegangen.

Herr Groß erklärt, dass diese Befürchtung bestehe. Es seien wahrscheinlich aus dem Grund noch keine Hinweise bei der Verwaltung eingegangen, weil es in dem Bereich keine direkten Anwohner gibt.

Frau Rzycki weist weiterhin darauf hin, dass es für Straßenreinigungsarbeiten nur eine begrenzte Anzahl an Mitarbeitern gebe. Dementsprechend sei der Reinigungsturnus, in welchem die einzelnen Straßen angefahren werden, relativ lang. Deshalb sei die Stadt im Fall von etwaigen Müllablagerungen in der Zwischenzeit auf Hinweise der Bürger angewiesen.

Herr Jasper legt dar, dass es unverständlich sei, warum manche Menschen ihren Müll nicht ordnungsgemäß entsorgen, sondern im öffentlichen Raum liegen lassen. Allerdings sei in solchen Fällen eine schnelle Reinigung erforderlich, weil die Erfahrung gezeigt habe, dass an Stellen, an welchen Müll liegt, oft zusätzlicher Müll abgeladen werde.

Frau Budke berichtet, dass sie schon mehrfach auf Verunreinigungen in weiteren Straßen angesprochen worden sei und nennt einige Beispiele. Sie erklärt, dass es oft schwierig sei, herauszufinden, wer für eine Reinigung verantwortlich ist. Sie bittet darum, den Reinigungsturnus seitens der Stadt zu erhöhen.

Ein Bürger berichtet, dass auch an der Rheinischen Straße wiederholt Verunreinigungen auftreten. Beim Städtereinigungstag sei dort gründlich aufgeräumt worden, allerdings habe schon abends an einigen Stellen wieder neuer Müll gelegen.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

3 a) Information zur Bürgerbefragung Entlastungsstraße West/Westumgehung (Trassenverlauf u. a., Informationsveranstaltung am 13. Mai, Bürgerbefragung am 25. Mai)

Die Planung für die Entlastungsstraße West/Westumgehung wurde im Jahr 2013 in allen Osnabrücker Bürgerforen anhand einer Präsentation ausführlich vorgestellt - im Bürgerforum Fledder, Schölerberg in der letzten Sitzung am 05.11.2013.

Herr Bardenberg stellt anhand einer Präsentation kurz den geplanten Trassenverlauf vor und zeigt das Überflugmodell Entlastungsstraße.

Am Dienstag, 13.05.2014, OsnabrückHalle, Kongress-Saal (Beginn 18 Uhr) findet eine Informationsveranstaltung zur Bürgerbefragung statt - hier stehen Gutachter, Befürworter, Gegner und politische Vertreter in einer Podiumsdiskussion Rede und Antwort. Die Veranstaltung wird in Kooperation mit der Neuen Osnabrücker Zeitung angeboten.

Die Bürgerbefragung findet statt am Sonntag, 25.05.2014 - am Tag der Europawahl -, in der Zeit von 8.00 bis 18.00 Uhr (wahlberechtigt zur Bürgerbefragung: ab 16 Jahre; zur Europawahl: ab 18 Jahre). Der Informationsflyer zur Bürgerbefragung wurde Ende April an alle Osnabrücker Haushalte per Postwurfsendung verteilt. Die Frage, die zur Abstimmung gestellt wird, lautet folgendermaßen: „Soll die Entlastungsstraße West/Westumgehung gebaut und sollen die dafür erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden? Als Antwort kann „Ja“ oder „Nein“ angekreuzt werden.“

Weitere umfangreiche Informationen sind unter www.osnabrueck.de/entlastungsstrasse eingestellt.

Das Service-Telefon zur Bürgerbefragung 0541/323-4909 ist dienstags von 10 bis 12 Uhr und donnerstags von 15 bis 17 Uhr erreichbar.

Auch unter www.facebook.com/buergerbefragung kann über das Projekt diskutiert werden.

Frau Budke spricht den zum Teil hohen Einsatz im Stadtgebiet und die zahlreichen Aktivitäten seitens der Befürworter bzw. Gegner des Vorhabens an und bedauert, dass andere Themen in den Stadtteilen nicht die gleiche Aufmerksamkeit erhielten.

Ein Bürger weist darauf hin, dass das Ergebnis der Bürgerbefragung rechtlich nicht verbindlich sei und fragt, ob das Thema z. B. nach fünf Jahren nochmals aktuell werden könnte.

Frau Rzyski berichtet, dass zwischenzeitlich im Jahr 2016 eine Kommunalwahl stattfinden werde und die Entscheidungen eines zukünftigen Rates natürlich nicht absehbar seien. Sie betont, dass sich der Rat dafür ausgesprochen habe, das Ergebnis der Bürgerbefragung zu akzeptieren.

Frau Budke gibt zu bedenken, dass eine Bürgerbeteiligung auch ernst genommen werden müsse und man sich seitens des Rates dann nicht darüber hinwegsetzen könne, ohne dass die Glaubwürdigkeit und der Sinn einer Bürgerbeteiligung verloren gingen.

Herr Jasper ruft dazu auf, am Tag der Europawahl auch an der Abstimmung zur Entlastungsstraße West/Westumgehung teilzunehmen, da es sich um ein gesamtstädtisches Thema handele.

3 b) Erneuerung von Straßenbeleuchtungsanlagen

Die Stadtwerke Osnabrück und die Stadtverwaltung sind seitens der Politik gebeten worden, in allen Sitzungen der Osnabrücker Bürgerforen über die Hintergründe für die Erneuerung der Beleuchtung, die Technik und über die neuen Regelungen bei der Abrechnung von Straßenbeleuchtungsmaßnahmen zu informieren.

Anhand einer Präsentation erläutert Herr Wedy die Aufgabenteilung zwischen Stadt und Stadtwerken bei der Erneuerung von Beleuchtungsanlagen. Weiterhin gibt er einen Überblick über die verschiedenen Arten der Straßenbeleuchtung und erläutert die Gründe, warum Leuchten erneuert werden müssen. Bei der Erneuerung der Beleuchtungsanlagen werde jeweils geprüft, ob nur die Leuchtmittel oder die Lampe und ggf. der Mast ausgetauscht werden müssen. Bei der Erneuerung der Leuchten ist die EU-Richtlinie 245/2009 anzuwenden, die ein Verbot aller Hochdruckentladungslampen mit zu geringen Lichtausbeuten beinhaltet. Quecksilber-Hochdrucklampen mit Lichtausbeuten zwischen 30-50 lm/W (Lumen pro Watt) werden ab dem Jahr 2015 nicht mehr hergestellt.

Zwischen Stadt und Stadtwerken wurde ein Masterplan „Öffentliche Straßenbeleuchtung“ vereinbart. Damit werden u. a. bestimmte Standards für die Straßenbeleuchtung im Stadtgebiet festgelegt. Durch große Ausschreibungen können die Stadtwerke Osnabrück zudem am Markt günstige Einkaufspreise erreichen.

Für eine eventuelle Beteiligung der Anlieger an den Kosten sind die Regelungen des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) anzuwenden. Hierfür ist die Stadtverwaltung (Fachdienst Beitragswesen) zuständig und informiert vor Beginn der Maßnahmen. Frau Hartwig erläutert, dass die Erhebung und Berechnung der Beiträge analog zur Erhebung von

Straßenbaubeiträgen gemäß der Straßenbaubeitragssatzung erfolgt⁴. Sie erläutert den zeitlichen Ablauf für die Erteilung von Bescheiden. Auch bisher wurden bei Straßensanierungsmaßnahmen die Kosten für die erforderliche Erneuerung der Beleuchtung mit erhoben. Die waren in dem Gesamtbetrag erhalten und wurden nicht gesondert ausgewiesen. Gemäß eines Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2010 können nun die Erneuerungen der Beleuchtungen separat abgerechnet werden.

Eine Bürgerin berichtet, dass demnächst im Bereich Ertmanstraße und Jellinghausstraße Kanalsanierungsarbeiten anstehen und fragt, ob auch die Beleuchtung erneuert werden muss.

Frau Hartwig erläutert, dass dann im Vorfeld der Maßnahme eine entsprechende Benachrichtigung erfolgt. Allerdings müsse nicht überall die komplette Beleuchtung erneuert werden. Die Berechnung der Beiträge sei zudem abhängig von der Größe der Grundstücke und weiterer Faktoren. Daher solle bei Fragen zur voraussichtlichen Höhe der Beiträge der Fachdienst Beitragswesen direkt kontaktiert werden.

Ein Bürger fragt, wann die endgültigen Bescheid erteilt würden.

Frau Hartwig erläutert, dass der Eingang der letzten Unternehmerrechnung Voraussetzung für die endgültige Abrechnung der Maßnahme sei. Daher sei es nicht ungewöhnlich, dass ein Bescheid erst dann erteilt werde, wenn die Maßnahme schon Monate oder Jahre vorher abgeschlossen sei.

Frau Wachtel führt aus, dass sich die Stadtwerke Osnabrück für erneuerbare Energien einsetzen und fragt nach dem Einsatz einer Solar-Beleuchtung.

Herr Wedy bestätigt, dass die Stadtwerke sich für eine Energieeinsparung einsetzen. Er erläutert, dass diese Leuchten noch sehr teuer seien. Zurzeit sei eine Leuchte im Einsatz. Sinnvoll sei dies an Stellen, wo keine Kabel vorhanden sind. Ansonsten könnten die vorhandenen Kabel genutzt werden und soweit möglich würden LED-Lampen eingesetzt.

Abschließend nennt Herr Wedy die Ansprechpartner und deren Kontaktdaten für Fragen zur Abrechnung bei der Stadt Osnabrück und für Fragen zur Technik bei den Stadtwerken Osnabrück.

Außerdem bitte Herr Wedy darum, Meldungen von Schäden an Straßenleuchten direkt an die Stadtwerke Osnabrück zu richten unter der Telefonnummer 2002-2010.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Verkehrslärm Ameldungstraße

Ein Anwohner der Ameldungstraße berichtet über Verkehrslärm durch rasende Fahrzeuge, so dass man nachts bei offenem Fenster nicht schlafen könne. Im Bereich der Käthe-Kollwitz-Schule gebe es eine Tempo-30-Strecke. Er fragt, ob dort Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen werden könnten.

4 b) Am Riedenbach: Zustand der Grünanlage (Regenrückhaltebecken)

Eine Anwohnerin der Schölerbergstraße beklagt den Zustand der Grünanlage Am Riedenbach. Diese Anlage sei ursprünglich sorgfältig geplant worden. So gebe es dort Baumgruppen mit Bäumen unterschiedlicher Arten. Im Laufe der Zeit habe sich eine eher naturnahe

⁴ Die Straßenbaubeitragssatzung ist veröffentlicht auf der Internetseite der Stadt Osnabrück (www.osnabrueck.de) - zu finden unter dem Stichwort „Ortsrecht“ (→ II. Finanzen → Nr. 2.7)

Entwicklung ergeben, die aber Probleme mit sich gebracht hat. Das Wasser des Bachs sei schlammig. Am Rand wuchern die Brennesseln. Schilder mit „Enten füttern verboten“ mussten aufgestellt werden, um ein Rattenaufkommen zu vermeiden. Der Rasen würde nur noch teilweise gemäht. Die Anwohner würden die Anlage nicht mehr gerne nutzen.

Eine weitere Bürgerin regt an, Schilder mit „Radfahren verboten“ aufzustellen. Für die Radfahrer gebe es rechts und links der Grünanlage entsprechende Wege. Die Fußgänger dagegen würden von den Radfahrern gestört.

Diesem Wunsch wird widersprochen von einer Bürgerin, da es auf dem Gelände schon mehrere Schilder gebe und auch die Hundestationen mitten in der Grünfläche stünden.

Herr Jasper bittet den Osnabrücker ServiceBetrieb und die Stadtwerke Osnabrück darum, gemeinsam zu prüfen, wie diese Anlage aufgewertet werden könne. Im nächsten Bürgerforum Fledder, Schölerberg solle entsprechend berichtet werden.

4 c) Querung in Höhe der Grundschule Schölerberg an der Jellinghausstraße

Ein Bürger spricht die Querung in Höhe der Grundschule an. Er regt an, die vier Poller an der Straße zu entfernen und stattdessen - so wie in der Ertmanstraße - eine Ausbuchtung in den Straßenraum hinein zu bauen, damit an dieser Stelle die Straße verengt wird und von den Kindern sicherer überquert werden kann.

4 d) Hannoversche Straße - Linksabbieger Radverkehr in Höhe „Baumarkt Hornbach“

Ein Bürger erläutert, dass Radfahrer auf der Hannoverschen Straße, die stadtauswärts in Höhe des Baumarktes „Hornbach“ links abbiegen wollen, mehrere Straßenspuren queren müssen. Auch für Fußgänger fehlt hier ein Übergang.

Frau Budke regt an, den Gehweg auf der linken Straßenseite für die Nutzung von Radfahrern in beiden Richtungen freizugeben.

4 e) Informationen zu Sitzungen der Osnabrücker Bürgerforen

Eine Bürgerin fragt, wo sie Informationen über die Sitzungstermine der Bürgerforen erhalten kann.

Herr Jasper führt aus, dass die Ankündigung der Sitzungen in der Neuen Osnabrücker Zeitung erfolgt. Weiterhin sind die Termine und die jeweils aktuellen Tagesordnungen veröffentlicht unter www.osnabrueck.de/buergerforen. Im Stadtteil werden darüber hinaus Plakate mit der Tagesordnung ausgehängt. Weiterhin kann jeder Interessierte ein E-Mail-Abonnement für die Termine, Einladungen und Protokolle einzelner oder mehrere Bürgerforen anmelden unter buergerforen@osnabrueck.de.

4 f) Parken an der Osnungstraße vor der Einmündung in die Iburger Straße

Ein Bürger berichtet, dass an der Osnungstraße vor der Einmündung in die Iburger Straße bis auf den Bürgersteig der Iburger Straße geparkt werde. Er regt an, dort Poller zu setzen. Diese zugeparkte Straßenecke bringt Gefahren für Fußgänger und auch für den vorbeifahrenden Verkehr mit sich.

4 g) Parksituation an der Wörthstraße

Ein Bürger spricht die Parksituation in der Wörthstraße an. Die Straße wurde ca. 2005/2006 umgestaltet. Die Struktur der Anwohnerschaft habe sich im Laufe der Jahre geändert. Die Anwohner würden öfters Fahrräder nutzen und diese auf dem Gehweg abstellen. Pkw ragen beim Parken in den Gehweg hinein. Fußgänger hätten nur noch einen halben Meter Platz, um dort entlang zu gehen. Das Aufkommen parkender Pkw steigt an, manche stehen dort mehrere Tage lang, so dass die Anlieger selber keinen Stellplatz mehr an der Straße finden.

Er fragt, ob es möglich sei, tagsüber eine Parkregelung einzurichten, wonach nur etwa zwei bis drei Stunden geparkt werden dürfe oder ob ein Bewohnerparken in dieser Straße eingerichtet werden könne.

Herr Jasper stellt klar, dass es sich um öffentliche Stellplätze handelt, die Jedermann nutzen dürfe. Zum Bewohnerparken weist er darauf hin, dass damit Kosten entstehen, aber keine Garantie auf einen bestimmten Stellplatz gegeben werde. Außerdem würden vor Einrichtung einer Bewohnerparkzone⁵ die Anwohner gefragt und deren Votum bei der Entscheidung berücksichtigt.

Ein Bürger hofft, dass die Situation einige Anlieger animieren könnte, auf ein StadtTeilAuto / Carsharing umzusteigen.

4 h) Iburger Straße - Anlieferungen zu den Autohäusern

Eine Bürgerin berichtet, dass zu den zwei Autohäusern an der Iburger Straße Pkw ohne Nummernschild angeliefert werden. Diese werden auf der Straße entladen und fahren dann auf das Gelände der Autohäuser. Dabei werde fast täglich stundenlang die Fahrspur blockiert.

Eine weitere Bürgerin gibt zu bedenken, dass der Transport vom Lkw auf das Autohausgelände doch gar nicht anders möglich sei.

Frau Barth von der IGIS (Interessengemeinschaft Iburger Straße) berichtet, dass diese Problematik bekannt sei und der Autopark an der Iburger Straße bereits angesprochen wurde. Dort wurde mitgeteilt, dass die Lkw zu groß seien, um den Weg hinaufzufahren und zu wenden. Daher werden die Pkw direkt vom Lkw auf den Hof des Betriebes gefahren.

4 i) Teiche vor Museum am Schölerberg Natur und Umwelt

Ein Bürger fragt, wie weiter verfahren werde mit den zwei Teichen vor dem Zoo. Die Feuerwehr habe schon vor einiger Zeit diese Teiche entleert. Je nach Wetterlage gebe es nun unangenehme Gerüche. Der hintere Teil des Teiches sei nahezu trockengefallen.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Die Teiche wurden abgepumpt und abgefischt, da die Technik abgängig ist und saniert werden muss. Im Vergabeverfahren hat sich herausgestellt, dass für diese Anlage keine Ersatzteile mehr vorhanden sind und daher neu geplant werden muss. Hierzu ist eine erneute Ausschreibung erforderlich. Ca. Mitte September soll das Bauvorhaben beginnen. Das Museum am Schölerberg wird in Kürze eine kleine Infotafel aufstellen, um Besucher über diesen Sachverhalt zu informieren.

Herr Jasper dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Fledder, Schölerberg für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Hoffmann
Protokollführerin

Anlage: Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

⁵ siehe auch Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt vom 24.03.2011, TOP Ö 16, „Bewohnerparken / Prioritäten der Bearbeitung weiterer Gebiete“. Die Protokolle über die Sitzungen des Rates und der Ausschüsse können im Bürgerinformationssystem der Stadt Osnabrück unter www.osnabrueck.de/ris abgerufen werden.

Bericht aus der letzten Sitzung

für das Bürgerforum Fledder, Schölerberg am Mittwoch, 07.05.2014

- a) Lärmemissionen am Huxmühlenbach** (TOP 1a aus der letzten Sitzung am 05.11.2013 / TOP 1a aus der Sitzung am 07.03.2013 / TOP 1c aus der Sitzung am 11.07.2012 / TOP 2c aus der Sitzung am 01.02.2012)

Anwohner aus dem Bereich Heimkehrersiedlung / Am Huxmühlenbach hatten sich über die zunehmenden Beeinträchtigungen durch den Gewerbelärm sowie durch den Lkw-Verkehr beschwert. Die Verwaltung hatte daraufhin Kontakt mit dem zuständigen staatlichen Gewerbeaufsichtsamt in Osnabrück aufgenommen. Das Gewerbeaufsichtsamt steht im Kontakt mit den betroffenen Beschwerdeführern und den Firmen. Die laufenden Prüfungen zum Lärmschutz sind abgeschlossen, und entsprechende Konzepte zum Lärmschutz liegen vor. Das Gewerbeaufsichtsamt informiert die Beschwerdeführer direkt über den aktuellen Sachstand.

Folgende Tagesordnungspunkte aus der letzten Sitzung am 05.11.2013 wurden erneut angemeldet, so dass in der heutigen Sitzung unter den jeweiligen Tagesordnungspunkten berichtet wird:

- **Sporthallensituation Schölerberg** (TOP 2b aus der letzten Sitzung sowie TOP 2d aus der Sitzung am 07.03.2013, TOP 2a aus der Sitzung am 11.07.2012, TOP 2a aus der Sitzung am 01.02.2012, TOP 2i aus der Sitzung am 13.04.2011, TOP 2g aus der Sitzung am 21.04.2010, TOP 2c aus der Sitzung am 02.12.2009)
- **Miquelstraße - Sachstandsbericht** (TOP 3b aus der letzten Sitzung sowie TOP 2a aus der Sitzung am 07.03.2013)
- **An der Huxmühle: Missachtung des Tempo-30-Gebots** (TOP 4b aus der letzten Sitzung)